



Neue Helvetische Gesellschaft
Rencontres Suisses
Gruppe Region Basel

Öffentliche Veranstaltung

Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer in Basel-Stadt:

**Eine Frage der Gerechtigkeit oder eine
Behinderung von Integration und Einbürgerung?**

Mittwoch, den 18. August 2010, 19.00 Uhr

Mission21
Missionsstrasse 21, Basel

Am 26. September 2010 wird in Basel-Stadt über das Stimm- und Wahlrecht der in unserem Kanton lebenden Ausländerinnen und Ausländer abgestimmt. Zur Abstimmung gelangen eine am 6. März 2009 eingereichte Initiative und ein Gegenvorschlag der Regierung, die beide vom Grossen Rat angenommen wurden. Der Initiativtext fordert ein allgemeines kantonales Stimm- und Wahlrecht für Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht, wenn sie mindestens fünf Jahre Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben und im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind. Der Gegenvorschlag beschränkt sich auf das aktive Stimm- und Wahlrecht, d.h. die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen ohne Wählbarkeit in politische Behörden, und verlangt neben der Niederlassungsbewilligung zehn Jahre Wohnsitz im Kanton.

Rund dreissig Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner in Basel-Stadt sind heute Ausländer verschiedener sozialer Bevölkerungsgruppen, zum Teil hier aufgewachsen und bestens integriert. Die Frage, ob und in welchem Ausmass den bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländern die Möglichkeit einer Teilnahme am demokratischen Prozess in unserem Kanton eingeräumt werden soll, gewinnt an Bedeutung mit der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung in der Schweiz, in Europa und weltweit.

Basel-Stadt steht mit dem Vorschlag, Ausländerinnen und Ausländern, die schon eine längere Zeit hier leben und arbeiten, mehr politische Mitbestimmung zu geben, nicht allein da. Vor allem Kantone der Romandie haben bereits die Teilnahme der ausländischen Bevölkerung an Wahlen und Abstimmungen auf kantonaler und/oder lokaler Ebene eingeführt. Eine Vorreiterrolle spielte der Kanton Neuenburg, der das kommunale Stimmrecht für Ausländer seit 1849 und das kantonale Recht seit 2002 kennt. Der Kanton Jura hat das aktive Stimmrecht auf Kantons- und Gemeindeebene bei seiner Gründung 1978 in der Verfassung verankert. Auf Gemeindeebene wurde es 2003 in der Waadt, 2005 in Freiburg und Genf eingeführt. In den Kantonen Appenzell Ausserroden und Graubünden sind die Gemeinden zur Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ermächtigt.

In der Europäischen Union können Bürgerinnen und Bürger aus EU-Staaten im ganzen EU-Bereich an ihrem jeweiligen Wohnsitz an lokalen und regionalen Wahlen teilnehmen. Viele EU-Staaten haben inzwischen das allgemeine Wahlrecht eingeführt, auch für Angehörige aus Nicht-EU-Staaten. Diesem Trend folgen vermehrt auch Staaten ausserhalb Europas. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die Überlegung, der tatsächliche Lebensmittelpunkt eines Menschen und weniger seine Staatsangehörigkeit sei wichtig für die Ausübung seiner politischen Grundrechte, komplementär zu den Pflichten, die jedem Einwohner auferlegt sind. Mitgestaltung in der Gesellschaft, in der man lebt, ist heute für die meisten Menschen eine Selbstverständlichkeit und wird auch für die Integration gefordert.

Doch diese Argumentation stösst in unserem Kanton auch auf Widerspruch. Man befürchtet etwa Veränderungen im politischen Kräftespiel, zu viele fremde Einflüsse auf die Gestaltung unserer Stadt. Manche befürchten, der Wille zur Einbürgerung mit der damit verbundenen staatsbürgerlichen Vorbereitung schwinde, wobei gerade diese Vorbereitung für die politische Entscheidungsfähigkeit unverzichtbar sei.

Wir möchten uns einer offenen und fairen Diskussion mit Verfechtern unterschiedlicher Meinungen über diese für viele unserer Mitbewohnerinnen und Mitbewohner wichtige Frage stellen und hoffen auf Ihr zahlreiches Erscheinen am 18. August 2010.

Dr. Marianne von Grünigen, Präsidentin NHG-TS Region Basel

Programm

19.00 Uhr Begrüssung
Dr. Marianne von Grünigen, Präsidentin
NHG-TS Region Basel

19.10 Uhr Einführungsreferat:
Dr. des. Francesca Falk,
wissenschaftliche Mitarbeiterin an der
Zürcher Hochschule der Künste und
Lehrbeauftragte an der Universität Basel

Podiumsdiskussion mit der Referentin
und folgenden Teilnehmern:

Mustafa Atici, Grossrat SP, Basel-Stadt

Nicolas Guenin, Responsable des droits
politiques du Canton du Jura

Dr. André Weissen, Grossrat CVP,
Basel-Stadt

Moderation: **Armin Biehler**, Journalist BR
und Vorstandsmitglied NHG-TS Region
Basel

20.30 Uhr Schlusswort
Dr. Marianne von Grünigen

Anschliessend: Verre d'amitié

Weitere Informationen unter www.dialoguesuisse.ch